

Die Inflationsraten sind derzeit relativ hoch. In Deutschland lag die Rate im August bei 3,4 Prozent, im Euroraum bei drei Prozent (Veränderung der Preise im Vergleich zum August 2020), und es wird erwartet, dass die Inflationsraten bis Ende des Jahres noch weiter steigen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die hohen Inflationsraten vorübergehender Natur sind. Ein Grund für die hohe Inflation ist die niedrigere Mehrwertsteuer, die nur von Juli bis Dezember vergangenen Jahres galt. Dieser Effekt entfällt ab Januar automatisch. Für 2022 prognostiziert die Europäische Zentralbank (EZB) für den Euroraum eine Inflationsrate von 1,7 Prozent, für 2023 von 1,5 Prozent. Diese mittelfristigen Inflationsraten sind, gemessen an dem

Keine Angst vor der Inflation

Warum Alarmstimmung trotz steigender Preise derzeit nicht angebracht ist.



Inflationsziel (zwei Prozent), zu niedrig. Sie verlangen grundsätzlich nach einer expansiven Geldpolitik in Form niedriger Zinsen. Die günstigen Finanzierungsbedingungen sollen die Nachfrage stärken und damit zu steigenden Preisen führen. Aber: Erstens sind mit einer extrem expansiven Geldpolitik auch negative Effekte verbunden. Zweitens besteht zumindest die Gefahr, dass sich die derzeit hohen Inflationsraten ein Stück weit verfestigen, wenn es zum Beispiel zu einer Lohnpreisspirale kommt (derzeit noch nicht der Fall). Drittens wird die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung auch mittelfristig einen positiven Effekt auf die Preise haben. Vor diesem Hintergrund ist eine weiterhin extrem expansive Geldpolitik nicht angemessen.

Die Entscheidung des EZB-Rates in der vergangenen Woche, die extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik leicht zurückzufahren, ist somit zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Die EZB will erst im Dezember bekanntgeben, inwiefern sie ein in der Pandemie aufgelegtes Notfallprogramm weiter nutzen will. Bei der derzeit erwarteten Entwicklung besteht keine Veranlassung, dieses extrem expansiv ausgerichtete Programm aufrechtzuerhalten. Dieses hätte die EZB bereits in der letzten Woche klar kommunizieren sollen.

Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.